

Antrag A3: Soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen

Antragsteller*in:	Christian Schaft, Ina Leukefeld, Leon Walter, Katharina Wischmeyer, Linda Stark, Ute Lukasch, Heike Werner, Petra Meisenzahl, Julian Degen, Anja Müller, Paul Gruber, Andreas Schubert, Jenny Rotter, Birgit Schindhelm, Katharina König-Preuss	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	1
	Enthaltung:	2

Sommer 2023: Wieder einmal ein Sommer der Rekorde. Der heißeste Tag – gemessen an der globalen Durchschnittstemperatur – am 3. Juli 2023 markiert einen solchen. Temperaturen jenseits der 40 Grad Marke quälten im Sommer den Süden Europas. Waldbrände und Hochwasser führen dazu, dass Menschen evakuiert werden müssen. Doch all das ist nicht weit weg. Dürresommer und Trockenheit beschäftigen uns insbesondere im Osten der Bundesrepublik. Unsere Thüringer Wälder haben mit Trockenstress und dem Borkenkäfer zu kämpfen und selbst im Kleingarten, dem Stadtviertel oder entlang der Bäche, Flüsse und Seen sehen wir was es bedeutet, wenn wir vom Klimawandel reden. Wir sehen die Notwendigkeit des Handelns vor unserer Haustür. Und doch ist wohl kaum ein anderes Thema in dieser Zeit so emotional beladen und Teil eines Kulturkampfes geworden.

Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der Planet einen Kipppunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den Verursacher*innen der Krise anlegen will. Letztlich aber auch Sorgen, die von verschiedenen politischen Parteien und Lobbyisten bewusst und gezielt geschürt werden und die verfangen. Rechte und extrem Rechte nutzen diese Ängste, verstärken sie und eskalieren Konflikte. Verdrängung, Abwehr, Überforderung und sogar ausartende Wut sind Reaktionen, die sich zum Teil bereits in Hetze äußern. Diesen Gefühlen wollen wir durch sozial gerechtes Handeln entgegenwirken und den Menschen wieder Vertrauen in eine solidarische Zukunft geben. Aus dem Mut der jungen Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land überall gleich gut wirksam werden.

Viele fragen sich, was tut Politik, damit wir jetzt den Schalter umlegen und was tut Politik, damit das gerecht geschieht. Diese Fragen sind völlig berechtigt und wir wollen sie als Thüringer LINKE gemeinsam mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident beantworten. Wir wollen Menschen Sicherheit geben in diesem Wandel und sie mitnehmen auf den Weg, auf dem wir Thüringen gemeinsam sozial und ökologisch gestalten. Wir wollen die Lebensgrundlage, die uns vor unser aller Haustüren umgibt, bewahren und für kommende Generationen erhalten. Vom Thüringer Wald, über den Hainich, vom Saale- bis zum Werratal, vom Possen übers Thüringer Becken bis zum Schiefergebirge. Unsere Umwelt zu erhalten ist ein Gewinn

für alle. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe vor uns, denn es gibt nur diese eine Erde.

Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes- und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung landeseigener Gebäude forcieren, um CO₂-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes sind uns die Tarifbindung und die Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen Kriterien, weil Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen Kindergärten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gemacht. Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die klimagerechte Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern, weil wir wissen, dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen entwickeln.

Und wir haben das Wissen im Land, sowohl bei den Beschäftigten, in den Unternehmen, in sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Verwaltung als auch in den wissenschaftlichen Einrichtungen. Sei es das Wasserstoffforschungszentrum in Sonneberg, das Mobilitätszentrum an der Technischen Universität Ilmenau, das neu gegründete Institut für klimagesundes Verhalten an der Uni Erfurt oder die Expertise des Institutes für regenerative Energien in Nordhausen, um nur beispielhaft zu nennen, worauf wir aufbauen können. Es gibt sie hier vor Ort, die Ideen für eine nachhaltige, zukunftsfähige und klimaneutrale Welt.

Doch darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Mit der kommenden Landtagswahl entscheiden wir, welchen Weg wir einschlagen. Dies ist nicht der Weg derer, die erzählen alles kann so bleiben wie es ist und wenn jeder für sich selber sorgt, ist auch für alle gesorgt. Nein, das ist der Weg in die Klimakatastrophe, in der die Starken die Ressourcen der Schwächeren vergeuden und die Zukunft unserer und der nächsten Generationen verspielen. Wir wollen den Weg einer klimagerechten Zukunft, in der keine*r Angst haben muss vergessen zu werden, wenn wir darüber sprechen, wie wir den Verkehr neu gestalten oder unsere Art und Weise zu produzieren verändern. Wir wählen den sozialen, den klimagerechten Weg und wollen deshalb im Rahmen unseres Programmprozesses mit Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden darüber reden wie:

- **wir eine aktive Industriepolitik gestalten!** Wir wollen konkrete Ideen entwickeln, mit denen wir Unternehmen in Thüringen im Rahmen einer neu aufgestellten Industriebeteiligungsstrategie im

Strukturwandel unterstützen können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende der Entscheidungsketten stehen, weil Konzernzentralen am andere Ende der Welt sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Beide gilt es mit einem entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu braucht es regionale Strategien, bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere wichtige Akteur*innen gemeinsam den Wandel gestalten. Wir wollen eine Industriepolitik, die Zukunft sichert und nicht die Veränderungen auf dem Rücken der Menschen abwälzt, wie es die Treuhandpolitik der 1990er Jahre gemacht hat. Wir wollen Sicherheit, bei der die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, anstatt Marktberingung, bei der nur die Konzernspitzen im Trockenen sitzen. Im ersten Schritt könnten bestehende Marktanalysen gebündelt und Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht werden, die die Grundlage für eine landesweite und regional verankerte Industriebeteiligungsstrategie legen. Mit dem Ziel eine nachhaltige und zukunftssichere Wertschöpfung in Thüringen zu entwickeln, die auf ressourcenschonende und energieeffiziente Produktion setzt. Wir wollen Beschäftigten Sicherheit im Wandel geben und die Möglichkeit klimagerecht zu produzieren, was für die Welt von morgen benötigt wird. Das Wissen und die Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.

Gleichzeitig wollen wir für die Betriebe Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen herstellen und uns möglichst unabhängig von Energieimporten machen. Dazu werden wir die nötigen Mengen an Windkraft und Solar ausbauen. Um die Schwankungen der Energieerzeugung auszugleichen, werden wir Tag/Nacht Speicher in Form von Batteriezellen und saisonaler Speicher in Form von Wasserstofferzeugung und -speicherung ausbauen.

Da die Herstellung und der Transport von Wasserstoff mit hohen Energieverlusten behaftet ist, muss die Elektrifizierung von Prozessen Vorrang haben. Dies schützt die Verbraucher vor unnötigen erhöhten Kosten. Für die Bereiche, die Wasserstoff benötigen und eine echte Energiewende, muss es das Ziel sein, am Ende grünen Wasserstoff zu verwenden.

- **wir Klimafolgenanpassung als soziale Gesundheitspolitik gestalten!** Klimafolgenanpassung ist mehr als Stadtbegrünung. Hitzeschutz bedeutet Gesundheitsschutz. Hitzeschutz muss als öffentliche Aufgabe auf allen Ebenen ernst genommen und gesetzlich verankert sein. Das bedeutet nicht nur Ausbau von kostenlosen Trinkwasserspendern, der Begrünung der Innenstädte oder der Verfügbarkeit von öffentlichen Hitzeschutzräume. Damit Menschen sich nicht um ihre Gesundheit sorgen müssen, gehört diese Aufgabe eng verknüpft mit der Investition in den Gesundheitsbereich. Auf dem Weg zum landesweiten Hitzeschutzplan wollen wir auch die notwendigen Investitionen in Pflegeheime, Krankenhäuser und kommunale Versorgungszentren ausbauen, die Teil eines Sicherheitsnetzes in einer klimagerechten Zukunft sind. Wie wollen darüber sprechen, wie vor Ort Hitzeschutzpläne aussehen müssen, die den Zugang zu Trinkwasser, kühlen Räumen oder Sonnenschutzspendern ermöglichen oder Menschen aufsuchen, die Hilfe brauchen. Wir wollen darüber sprechen, ob und wie kommunale Klimabeiräte dazu beitragen können, dass Menschen ihre Ideen und Anforderungen an sozial gerechten Klimaschutz einbringen und die Akzeptanz für den Klimaschutz steigt.
- **wir Beschäftigte entlasten und schützen können!** Das Einsparen von CO₂-Emissionen wird genauso wie der Schutz vor den Klimafolgen den Arbeitsplatz vieler Menschen vor neue Aufgaben stellen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann nicht nur dazu beitragen Jobs mit hoher Belastung attraktiver zu gestalten und bspw. wieder mehr Pflegepersonal zu gewinnen und vor allem zu halten. Es trägt auch dazu bei Emissionen einzusparen und gerade mit Blick auf Klimafolgen den Arbeitsalltag anders zu gestalten. Expert*innen verweisen bereits darauf, dass mehr

Zeitwohlstand ohne Lohninbußen die Möglichkeit schafft sich klimafreundlicher zu verhalten. In einer Zeit, in der zudem die Belastungen durch die Klimakrise auch am Arbeitsplatz steigen, kann dieser Weg auch zum besseren Arbeitsschutz der Beschäftigten beitragen. Auch Amtsärzt*innen verweisen darauf, dass wir über klimaangepasste Arbeitsmodelle reden müssen. Hier gilt es auch im Rahmen der Einführung einer Arbeitskammer in Thüringen, diesen Aspekt der Arbeitszeitverkürzung und die Ideen der Arbeitnehmer*innen mit einzubinden. Eine soziale Klimapolitik kann auch dabei helfen Armutsrisiken zu mindern. Höhere Löhne und Einkommen, verbunden mit einer fairen Preisgestaltung, können dazu beitragen, dass mehr Menschen von klimafreundlichen und ökologisch produzierten Produkten profitieren können. Auch deshalb betrachten wir Instrumente wie sozial-ökologische Vergabekriterien, einen Vergabemindestlohn und die Stärkung der Tarifbindung als unerlässlich.

- **wir eine soziale Klimapolitik als Infrastrukturpolitik gestalten!** Klimapolitik muss kein Verlust und keine Abstiegsangst bedeuten. Betrachten wir die Aufgaben, die wir anpacken müssen, bietet ein Umsteuern in der Klimapolitik die Möglichkeit, durch eine klimagerechte Wohnungs-, Verkehrs- oder Forstpolitik günstigen barrierefreien Wohnraum, kostenfreien, ausgebauten öffentlichen Nahverkehr und den Erhalt der Erholungsgebiete vor Ort im Thüringer Wald oder anderswo zu schaffen. Davon können alle profitieren. Wenn kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, eine Landeswohnungsbaugesellschaft oder auch Hauseigentümer*innen im ländlichen Raum in die Lage versetzt werden, energetisch und barrierefrei zu sanieren, ohne Kosten auf Mieter*innen umzuwälzen bzw. auf erheblichen finanziellen Einbußen sitzen zu bleiben, haben alle gewonnen. Dazu müssen auch Fördermittel entsprechend ausgerichtet sein. Wenn Bus und Bahn ausgebaut und mit klugen Verkehrskonzepten in den Kommunen, unter Beteiligung der Bürger*innen verbunden werden, ist den Vielen in Stadt und auf dem Land geholfen: Den Mieter*innen, den Fahrgästen und dem Klima. In kommunalen Klimabeiräten könnte vor Ort durch konkrete Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam an der Entwicklung, Umsetzung und Gestaltung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien gearbeitet werden. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und Nutzung der Fernwärmenetze können wir dafür sorgen, dass Energie für alle bezahlbar bleibt und perspektivisch sogar günstiger wird.
- **wir akademische und berufliche (Weiter-)Bildung für den Strukturwandel nutzen!** Um die Energiewende zu schaffen, braucht es Personal. Mit den Beschäftigten im Land Thüringen, einer jungen Generation, die sich für ihre Zukunft stark macht sowie den Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen haben wir Wissen, Ideen und Erfahrung, die wir nutzen können. Wir wollen die Rolle von Hochschulen, Forschung und beruflicher Bildung für eine soziale Klimapolitik im Land stärken. Diese Energiewende braucht Menschen, die sie gestalten! Deshalb wollen wir Modelle diskutieren, mit denen wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen – an den Hochschulen wie an den beruflichen Bildungszentren. Klimawandel, Digitalisierung und demographischer Wandel bedeuten, dass viele Aufgaben auf weniger Schultern mit neuen technischen Möglichkeiten bewältigt werden müssen. Diesen ständigen Weiterbildungsbedarf müssen wir decken. Damit Menschen das können, brauchen sie Zeit und Sicherheiten. Modelle dazu gibt es mit Bildungszeiten bei Lohnfortzahlung, was man in Österreich unter Bildungskarenzenzeiten kennt. Wer sich weiterbilden will, um bei der Umstellung des Unternehmens auf klimaneutrale Produktion mitgestalten zu können, sollte keine Angst haben müssen auf dem Trockenen zu sitzen ohne finanzielle Sicherheiten. Auch das bedeutet Klimagerechtigkeit. Dazu braucht es Pilotstudiengänge an den Hochschulen und Modellprojekte an den Berufsbildungszentren, die durch eine neue Rolle in der Weiterbildung auch eine Stärkung erfahren können. Und das braucht es auch, weil neue Berufsbilder und -aufgaben die Arbeitswelt prägen werden. Die Studien- und Ausbildungsstandorte sind dazu der Schlüssel.
- **wir Thüringen zum sicheren Hafen in einer weltweiten Krise machen!** Der Klimawandel ist global. Folgen

dieses Wandels werden wir auch spüren, weil Menschen zu uns kommen, deren Heimat nicht mehr bewohnbar ist oder weil Wassermangel zu Konflikten und Gewalt führt. Wer also ernsthaft Fluchtursachen bekämpfen will, muss auch gute lokale wie globale Klimapolitik machen, um die Zukunft aller Menschen sicher zu gestalten. Und eine soziale Klimapolitik in Thüringen bedeutet auch, ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht zu sein. Dazu braucht es Behörden, die Ankommen ermöglichen, statt bürokratische Hürden eines scheinbar unübersichtlichen Aufenthaltsrechtes zu verwalten. Landesaufnahmeprogramme werden eine wichtige Rolle spielen und müssen entsprechend mit Leben gefüllt werden, in dem Hürden abgesenkt werden. Mit einem Landesamt für Migration, zum Bündeln der Aufgaben, machen wir einen ersten Schritt. Doch weitere wollen wir noch gehen, um Thüringen als offene Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen, dass Menschen in Sicherheit hier ankommen können, eine Perspektive durch Ausbildung oder Beruf erhalten, um auf eigenen Beinen zu stehen und Nachbar*innen, Kolleg*innen oder Freund*innen werden zu können. Egal ob sie über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder das Grundrecht auf Asyl zu uns gekommen sind. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer konsequenten, allumfassenden antirassistischen Politik. Nur gemeinsam können wir dann anpacken was vor uns liegt, um Thüringen sozial und klimagerecht zu gestalten.

Unsere gemeinsame Zukunft klimagerecht zu gestalten bedeutet für alle mehr Zeit, mehr Sicherheit, bessere Luft, gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen, eine krisenfeste Landwirtschaft und damit günstige und stabile Lebensmittelpreise, eine bessere Gesundheitsversorgung und weniger Krankheiten. Eine soziale Klimapolitik stellt die Menschen und die Natur als Lebensgrundlage gleichermaßen in den Mittelpunkt und keine*r muss mehr Sorge haben, bei neuen Maßnahmen für eine klimaneutrale Zukunft vergessen oder allein gelassen zu werden. Wir alle könnten das Leben mehr genießen, wenn wir unsere Art zu leben, produzieren und den Alltag klimagerecht gestalten. Sprechen wir dabei von sozialer Klimapolitik in Thüringen, dann meinen wir eine Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung. Und das machen wir mit all jenen, die in Vereinen, Betrieben, Initiativen oder Ortsgruppen Menschen zusammenbringen, Gemeinschaft stiften und Solidarität leben und klar sagen: „Geht nicht? Gibt's nicht!“ Denn soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen.